

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-011581/2013
an die Kommission**
Artikel 117 der Geschäftsordnung
Elisabeth Köstinger (PPE)

Betrifft: Wettbewerbsverzerrung im Schlacht- und Zerlegebereich durch Lohn- und Sozialdumping

Deutschlands Lohnpolitik, in der keine gesetzlich geregelten Mindestlöhne und Kollektivverträge vorgesehen sind, hat unmittelbare Auswirkungen auf die Schlacht- und Zerlegewirtschaft in den Nachbarstaaten. Unter dem Deckmantel der „EU-Entsenderichtlinie“ werden Teile der Produktion durch billigste Werkverträge an Leiharbeiter ausgelagert. Unmittelbare Auswirkungen dieser Politik sind, dass Schlachttiere aus anderen Mitgliedstaaten zur Schlachtung und weiteren Bearbeitung nach Deutschland gebracht werden oder dass international agierende Marktteilnehmer deutsche Betriebe kaufen, um dort kostengünstiger schlachten bzw. zerlegen zu können.

Wie wird diese Lohnpolitik von der EU-Kommission beurteilt? Was gedenkt die EU-Kommission gegen die erheblichen Wettbewerbsverzerrungen, von denen fast alle namhaften EU-Produzenten betroffen sind, zu unternehmen?

Gerade für Österreich stellt die beträchtliche Lohndifferenz einen erheblichen Nachteil dar, der die gesamte Produktion gefährdet. Was gedenkt die EU-Kommission zu tun, um die drastisch beeinträchtigte Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Fleischbranche aufrechtzuerhalten und zu stärken?

Wie gedenkt die Kommission die Mitgliedstaaten bei dem Bestreben, einen hohen Grad an Selbstversorgung aufrechtzuerhalten, zu unterstützen?